

Thema 1: Frühförderung in Kitas / Kindergärten

Frage 1.1: Was wollen Sie tun, um die Förderung von vorschulischen Kompetenzen im mathematischen und sprachlichen Bereich in den Kindergärten/Kitas in und um Würzburg zu verbessern?

Das Thema frühkindlicher Förderbedarf ist uns Grünen sehr wichtig. Kinder- und Jugendförderung gehört zur Zukunft der Stadt und frühe Bildung ist ein Schlüssel zur Chancengleichheit. Als Kommune können wir dies jedoch nur teilweise beeinflussen. Wir setzen uns für mehr Betreuungsplätze und einen flächendeckenden Ausbau qualitativ guter Angebote ein, damit Erzieher*innen genügend Zeit haben, gezielte Sprach- und Mathematikförderung anzubieten (z. B. durch kleine Gruppen, längere Betreuungszeiten, gezielte Förderstunden). Leseförderung und mehrsprachige Bildungsangebote sollen systematisch ausgebaut werden, etwa durch Kooperationen von Kitas mit Büchereien, Kulturinstitutionen und niedrigschwelligen Vermittlungsangeboten. Kitas und Schulen sollen besser mit moderner (barrierefreier) digitaler Infrastruktur und Lernwerkzeugen ausgestattet werden, damit verlässliche, altersgerechte Förderangebote möglich sind (z. B. Apps zur Sprachförderung bzw. zur mathematischen Förderung). Insgesamt gilt es, die Rahmenbedingungen für gute Bildung stärken: Ausbau von Betreuungsplätzen und Ganztagesangeboten, Ausbau von Erziehungsberatung und Unterstützung von Familien, Ausstattung von Kitas mit moderner Infrastruktur und IT- Support, Leseförderung und zielgerichtete Programme in Büchereien und Bildungsorten.

Frage 1.2: Welche Initiativen planen Sie, um die Förderangebote insbesondere in KITAs in sozialen Brennpunkten und mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozial schwierigen Verhältnissen und mit Migrationshintergrund zu verbessern?

Wir wollen die gezielte Ansprache von Familien z.B. durch die Familienstützpunkte/ Quartiersmanager*innen und andere niedrigschwellige Anlaufstellen ggf. auch in der jeweiligen Sprache verstärken. Niedrigschwellige, offene Treffs für Familien mit Kindern müssen ausgebaut werden, hier können entspannt Kontakte entstehen, Hilfsangebote niedrigschwellig und einfach erklärt und dargestellt und Erfahrungen ausgetauscht werden.

Enge Zusammenarbeit mit dem ASD und den Quartiersmanager*innen etc. ist ohnehin unerlässlich.

Frage 1.3: Wie wollen Sie dem Personalmangel in Kindergärten entgegenwirken?

Gute Arbeitsbedingungen, gesundheitserhaltendes Arbeiten, Mitsprache bei Dienstplangestaltung und engmaschige Supervision sind unserer Meinung nach unerlässlich. Weiterhin setzen wir uns auf gewerkschaftlicher Ebene für eine bessere Vergütung durch verbesserte Tarifverträge ein. Wir begrüßen das Pilotprojekt der Stadt Würzburg, welches Quereinsteiger*innen aus verwandten Berufen eine 15-monatige Zusatzausbildung ermöglicht, um für den Einsatz in Kitas gerüstet zu sein. Arbeitsbedingungen sollen attraktiver gemacht werden, um Fachkräfte zu halten und Bewerbungen zu fördern. Dazu sollten die Stellen dauerhaft und sicher finanziert sein.

Thema 2: Schule

Frage 2.1: Welche Möglichkeiten sehen Sie im kommunalen Bereich, die angesprochene Problematik aufzugreifen und zu einer bedarfsgerechten Förderung, beispielsweise gerade in Brennpunktschulen; beizutragen?

Wir setzen uns ein für eine moderne, inklusive und nachhaltige Bildungslandschaft in Würzburg. Unsere Schulen sollen Orte sein, an denen alle Kinder unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status bestmögliche Bildungschancen erhalten. Wir wollen ein flächendeckendes, pädagogisch hochwertiges Ganztagsangebot schaffen, das Familien entlastet und Chancengleichheit fördert. Wichtig ist die Stärkung der Schulsozialarbeit und psychologischen Betreuung, insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Die Leseförderung durch Ehrenamtliche sollte ausgebaut und begleitet werden.

Auch könnten gezielte, integrative Angebote der Musikschule dazu beitragen, weitere Begabungen von Kindern zu entdecken.

Frage 2.2: Welche Ansätze sehen Sie, um Transparenz in der strukturellen Ausstattung der Schulen im Raum Würzburg herzustellen?

Jede Schule soll Zugang zu stabilen Netzwerken, Endgeräten für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie umfassender digitaler Fortbildung erhalten. Sitzungen und Beschlüsse sollen zugänglich, transparent und nachvollziehbar sein, damit Schul- Investitionsentscheidungen nachvollziehbar bleiben. Stärkung einer städtischen Bildungskoordination: Eine zentrale Bildungskoordination bündelt Informationen zu Infrastruktur, Personalausstattung und Förderbedarf.

Frage 2.3: Welche kommunalen Initiativen planen Sie, um Schulen und Lehrkräfte im Umgang mit Lern- und Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen gezielt zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die frühzeitige Erkennung sowie die angemessene Weitervermittlung betroffener Schülerinnen und Schüler?

Wir wollen Schulen und Lehrkräfte systematisch stärken, damit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten früh erkannt, fachlich begleitet und zuverlässig weitervermittelt werden können. Deshalb braucht es mehr Personal für Schulen und Jugendhilfe und die Stärkung von Schulsozialarbeit.

Wir haben die aufsuchende Erziehungsberatung bereits gestärkt, um Familien in schwierigen Situationen zu unterstützen. Dies wollen wir weiter ausbauen, um den vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden.

Frage 2.4: Haben Sie konkrete Pläne zur Suizidprävention für Kinder und Jugendliche (und zur Förderung psychischer Gesundheit) zum Beispiel an Schulen?

Wir unterstützen und stärken die Arbeit der Fachstellen für Suizidprävention in Würzburg. (Fachstelle Suizidberatung, Krisennetzwerk Unterfranken, Telefonseelsorge). Gerade im Bereich der Schulsozialarbeit wollen wir weiter voranschreiten bei der Stellenschaffung- und besetzung im Bereich der Realschulen und Gymnasien.

Die Schulsozialarbeiter*innen brauchen weitere fachliche Unterstützung (Weiterbildung, Supervision, Fortbildungen) zum Bereich Suizidprävention.

Thema 3: Jugendliche: Einsamkeit und Depression

Frage 3.1: Welche konkreten Wege aus der Einsamkeit gibt es für Jugendliche in und um Würzburg und welche Maßnahmen sollten kommunal ergriffen werden, um diese Wege aufzuzeigen bzw. nutzbar zu machen?

Jugendliche brauchen verlässliche Treff- und Beteiligungsorte, psychosoziale Angebote, Sport- und Kulturzugänge sowie niedrigschwellige Freizeit- und Bildungsformate. Kommunal müssen diese Angebote gefördert, vernetzt, sichtbar gemacht und barrierefrei zugänglich gehalten werden.

Durch die Einrichtung eines Jugendparlaments soll die politische Teilhabe von jungen Menschen konkret gestärkt werden. So erfahren sie Selbstwirksamkeit und können sich für ihre Belange einsetzen.

Speziell für Auszubildende fordern wir die Einrichtung eines Azubiwerks und unterstützen junge Auszubildende dabei, selbständig zu werden. Analog zum Studierendenwerk soll diese Einrichtung bezahlbaren Wohnraum vermitteln und Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten, z.B. bei Fragen rund um die Ausbildung.

Frage 3.2: Vereine und viele andere Freizeiteinrichtungen verlangen einen monatlichen Mitgliedsbeitrag, wie zum Beispiel Tanzschulen oder Sportvereine. Auch konsumorientierte Treffpunkte wie Cafes oder Bars und

Restaurants werden von Jugendlichen häufig für das Pflegen der sozialen Kontakte genutzt. Sehen Sie Bedarf bzw. Förderbedarf für sichere Orte ohne Konsumzwang, in denen sich Jugendliche vor allem im Winter treffen können. Welche konkreten Ideen haben Sie, um solche Räume und Möglichkeiten für Jugendliche in Würzburg und im Landkreis zu schaffen?

Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich treffen und austauschen können, ohne dass es etwas kostet und bei jedem Wetter. Wir werden dafür sorgen, dass es mehr Jugendtreffs gibt und diese gut ausgestattet sind. Die bereits bestehenden Jugendzentren wollen wir stärken und mit der Einrichtung von Quartierstreffs in jedem Stadtteil schaffen wir zusätzliche Aufenthaltsräume.

Die Stadt soll im öffentlichen Raum mehr Sitz- und Aufenthaltsflächen schaffen, die nicht an Konsum gebunden sind. Wir unterstützen kostenfreie/vergünstigte Kulturangebote für Jugendliche und setzen uns für die Schaffung eines soziokulturellen Zentrums als dauerhaften Ort für kulturelles und politisches Engagement, das allen Generationen offensteht.

Thema 4: Alte Menschen in und um Würzburg, Stichwort Barrierefreiheit

Uns ist aufgefallen, dass viele Wege in der Stadt und den Gemeinden im Landkreis nicht barrierefrei sind oder unter bestimmten Umständen, wie z.B. Schnee und Eis, fast nicht mehr passierbar sind. Außerdem sind Busse überladen und kommen unregelmäßig, teilweise muss man länger als 30 Minuten in der Kälte oder unter schlimmen Wetterbedingungen warten, bis ein barrierefreier Bus kommt (auch wenn dies laut Fahrplan bereits früher der Fall sein sollte). All dies ist besonders für ältere Menschen problematisch, eine Einschränkung in ihrem Lebensradius und eventuell gefährlich.

Frage 4.1: Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um diesen Problemen entgegenzuwirken? Wir setzen uns für die umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen ein, dazu gehört selbstverständlich auch die (bauliche) Barrierefreiheit im Verkehr. Haltestellen und öffentliche Verkehrsmittel müssen barrierefrei zugänglich sein. Aufgrund des Ausfalls der GT-N-Straßenbahnen sind in Würzburg derzeit sechs alte Straßenbahnen unterwegs, die nicht barrierefrei sind. Wir haben die WSB bereits aufgefordert, an den digitalen Fahrgastanzeigen darüber zu informieren, ob die kommende Bahn barrierefrei ist, damit Fahrgäste sich entsprechend darauf einstellen können. Im Laufe dieses Jahres werden neue Straßenbahnen zum Einsatz kommen, die ausschließlich über Niederflureinstiege verfügen. Dazu setzen wir uns für barrierefreie, überdachte Haltestellen sowie akustische Ansagen und Echtzeit-Informationen in Fahrzeugen und an Haltestellen ein.

Damit alle Menschen mobil sein können, fordern wir einprägsame, verlässliche ÖPNV-Takte, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Zumindest für den innenstädtischen Straßenbahn-Betrieb haben wir erfolgreich den City-Takt eingeführt, sodass man nicht länger als 5 Minuten auf die nächste Bahn warten muss.

Frage 4.2: Wie möchten Sie die Barrierefreiheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleisten (Stichwort: Straßenbahnen)?

Wir setzen Barrierefreiheit im ÖPNV durch barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge, hörbare und sichtbare Fahrgastinformation, moderne und niedrigflurige Straßenbahnen sowie eine barrierefreie Verknüpfung der Verkehrsmittel am Hauptbahnhof um. Siehe auch vorherige Frage.

Frage 4.3: Wie stehen Sie zu kostenlosem ÖPNV oder (Rentner-)Rufbussen, speziell im ländlichen Bereich?

Wir setzen uns dafür ein, dass unter 18-Jährige kostenlos fahren dürfen. Den Kreis der Menschen, die ein Sozialticket beziehen können, wollen wir ausweiten, damit Mobilität keine Frage des Geldbeutels ist. Für den ländlichen Raum: siehe Kreistagsfraktion / Grüne Würzburg-Land.

Frage 4.4: Welche Initiativen planen Sie, um das bei alten Menschen verbreitete Problem der sozialen Isolation und Einsamkeit anzugehen?

Wir stärken bestehende soziale Netzwerke und schaffen zusätzliche niederschwellige, barrierefreie Begegnungsräume für alle Menschen. Wir verfolgen dabei einen Ansatz, der Stadtplanung, professionelle Sozialarbeit und Ehrenamtlichkeit miteinander verknüpft, Lücken der Versorgung/Begleitung aufdeckt und Massnahmen entwickelt, diese im Sinne der Menschen zu füllen.

Durch ein dichtes Netz von Quartiersmanagement, Familienstützpunkten, Nachbarschaftshilfen, Beratungsstellen und aufsuchender Senior*innenarbeit ist in allen Stadtteilen der Fokus auf Unterstützung und Begleitung von Menschen, die nicht von sich aus in der Lage sind, sich Hilfe und Unterstützung zu holen.

Thema 5: Inklusion - Rehabilitation

Frage 5.1: Wie werden Schulen unterstützt, die besondere Angebote zur Teilhabe und Inklusion bereit halten? Wie soll die Kommune es fördern, dass Lehrkräfte ausreichend für inklusiven Unterricht ausgebildet und entlastet werden?

Wir wollen die Begleitung in Kitas und Kindergärten für Kinder mit Behinderung sicherstellen und in den Bildungseinrichtungen für eine barrierefreie Gestaltung des Lernumfeldes sorgen. Insbesondere die Übergänge zwischen Kita und Schule sowie Schule und Berufsleben müssen sorgsam begleitet werden, um dem Anspruch „kein Abschluss ohne Anschluss“ gerecht zu werden und die Separierung in Sondersystemen wie Werkstätten möglichst zu vermeiden.

Frage 5.2: Wie viele öffentliche Gebäude sind noch nicht barrierefrei und bis wann sollen sie es sein? Wie soll und kann sichergestellt werden, dass neue Gebäude von Anfang an barrierefrei gestaltet werden?

Die vollständige Barrierefreiheit ist auch in Würzburg bei Bestandsgebäuden noch nicht erreicht. Der -auf Antrag der GRÜNEN - veranlasste Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gibt jedoch klare Vorgaben und hat sich die vollständige Umsetzung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum zum Ziel gesetzt. Massgeblich ist dabei die DIN Norm 18040 .

Unsere Fraktion ist in kontinuierlichem Austausch mit dem kommunalen Behindertebeauftragten, dem Behindertenbeirat und dem AK Barrierefreies Bauen. Im Behindertenbeirat haben wir die Einführung der wheelmap.org mitbeschlossen. Diese kann von jede*m Interessierte*n eingesehen und weitergeführt werden.

Frage 5.3: Welche Bedarfe und welche Aufgaben sehen Sie auf kommunaler Ebene, um die berufliche Eingliederung für Menschen mit Schwerbehinderung, einschließlich Menschen mit Intelligenzminderung, zu fördern?

Die Stadt Würzburg mitsamt den Eigenbetrieben ist eine relevante Arbeitgeberin. Eine wachsende Zahl an Einstellungen von Menschen mit Schwerbehinderung ist unser Ziel, ebenso wie die intensive Zusammenarbeit mit Inklusionsbetrieben (zur Übernahme von Mitarbeitenden auf den 1. Arbeitsmarkt), Integrationsfachdienst (IFD) und der Bundesagentur für Arbeit.

Frage 5.4: Wie soll auf kommunaler Ebene sichergestellt werden, dass neue Regelungen und Angebote so aufbereitet werden, dass auch Menschen mit Einschränkung informiert werden? Durch Gremien wie den Behindertenbeirat und die von uns mitinitiierte Schaffung und Finanzierung des "Büros für leichte Sprache" arbeiten wir kontinuierlich an Verbesserungen der Öffentlichkeitsarbeit für alle Menschen.

Gebärdendolmetscher*innen, Induktionsschleifen und schriftliche Informationen in leichter und/oder einfacher Sprache sind mittlerweile selbstverständlicher Bestandteil.

Frage 5.5: Welche Strukturen gibt es, um Betroffene regelmäßig und verbindlich in politische Entscheidungen einzubeziehen? Wie bewerten Sie das gegenwärtige Ausmaß der Mitwirkung von Menschen mit Behinderung in Beiräten oder Entscheidungsgremien der Kommune?

Der Behindertenbeirat mit dem Vorsitzenden Julian Wendel, der zugleich kommunaler Behindertenbeauftragter ist, haben Menschen mit Einschränkungen eine starke Stimme. . Der Beirat ist eine selbständige Interessenvertretung , die den Stadtrat und den Oberbürgermeister berät.

Nach der Satzung - an der wir mitgewirkt haben - hat der Behindertenbeirat das Recht, Anträge, Stellungnahmen und Empfehlungen einzubringen. Ebenfalls haben wir erreicht, dass der Behindertenbeauftragte mindestens einmal im Jahr einen Rechenschaftsbericht im Plenum abgibt. Dabei halten wir insbesondere die Empfehlungen an den gesamten Stadtrat für essentiell. Ebenso hat die Stadt Würzburg zwei Inklusionsbeauftragte, die ebenfalls eng mit der Verwaltung, den Fraktionen und allen Gremien zusammenarbeiten. Die Sicherung dieser Stellen war und ist immer in unserem Fokus.

Frage 5.6: Wie bewerten Sie die Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf Barrierefreiheit im kommunalen Bereich und welchen Entwicklungsbedarf sehen Sie?

Das BGG (Behindertengleichstellungsgesetz) bzw. die UN-BRK machen hier klare Aussagen und sind hier massgeblich. Die Umsetzung in Würzburg läuft schrittweise, in manchen Bereichen sehr gut und schnell, in anderen eher etwas langsamer. Leider sind im BGG die Vorkehrungen häufig nicht konkret benannt und dann in der Praxis auch nicht mit Finanzen durch Land und Bund untermauert.

Hier ist Handlungsbedarf auf allen politischen Ebenen. Wir setzen uns demgemäß auch auf allen Ebenen ein, die konkreten Vorgaben der UN-BRK umzusetzen.

Frage 5.7: Wie bewerten Sie den Umfang und die Art der Unterstützung (Assistenz, Gebärdensprachdolmetschung, leichte Sprache), die in der Kommune standardmäßig bereitgestellt wird?

Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen: Inklusion muss vor, hinter und auf der Bühne Realität sein.

Der Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher*innen oder Simultanübersetzungen in Textform sollen bei städtischen Veranstaltungen Standard sein. Vereine und Initiativen sollen **weitere** Fördergelder erhalten, um diese Angebote zur Verfügung stellen zu können. siehe auch Frage 5.4.

Frage 5.8: Sind die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung im Freizeitbereich ausreichend vorhanden? Bekommen Menschen mit Einschränkungen finanzielle Vergünstigungen bei Freizeitangeboten? Wie

sieht es mit Begleitpersonen aus?

Die Stadt Würzburg unterstützt freie Träger finanziell bei der Umsetzung inklusiver Freizeit- und Bildungsangebote. Die Organisation und Durchführung obliegt den jeweiligen Trägern. Zuschüsse können beantragt werden, die städtischen Gremien können für Werbung und Ehrenamtsakquise genutzt werden.

Bei allen städtischen Veranstaltungen im Kinder- und Jugendbereich ist Unterstützung in personeller und finanzieller Hinsicht möglich.

Frage 5.9: Welche Ziele und Vorhaben haben Sie und ihre Liste, um auf kommunaler Ebene die Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu verbessern? Welche konkreten Schritte planen Sie in den nächsten zwei bis

fünf Jahren, um Inklusion und Teilhabe messbar zu verbessern?

- Sicherstellung der Finanzierung der Stellen der Inklusionsbeauftragten sowie der Geschäftsführung des Behindertenbeirates; Angemessene Vergütung des kommunalen Behindertenbeauftragten.
- Ausreichende Haushaltsmittel zur Umsetzung der Maßnahmen in Absprache mit dem Behindertenbeirat.
- Herstellung von Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen: dies beinhaltet den barrierefreien Ausbau von Straßenbahnhaltestellen, Zugang zu Gebäuden sowie weitere Infrastruktur wie öffentliche Toiletten genauso wie Spielplätze und Sport-, Freizeit- und Ferienangebote.
- Stärkung von inklusiven Wohnprojekten sowie Förderung von barrierefreiem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen.
- Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit mit Organisationen, die sich für gleichberechtigte Teilhabe und Teilgabe von Menschen mit Behinderungen einsetzen.
- Sensibilisierung, um das Bewusstsein aller Menschen für Inklusion zu schärfen.
- Inklusive Bildungsangebote im schulischen und außerschulischen Bereich.
- Steigerung der Einstellungszahlen von Mitarbeitenden mit Schwerbehinderung bei der Stadt Würzburg und ihren Eigenbetrieben.

Thema 6: Migration

Frage 6.1: Halten Sie es für sinnvoll, präventive Gesundheitsangebote durch mehrsprachige Angebote zu vervielfältigen? Und wie sollen Stadt und Landkreis entsprechende Entwicklungen unterstützen?

Die Integration von Geflüchteten und Zugewanderten ist ein zentrales Anliegen von uns Würzburger Grünen: wir wollen, dass Vielfalt in unserer Stadt gelebt wird.

Insbesondere im psychosozialen Bereich sehen wir erhebliches Potenzial, deshalb begrüßen wir die Einrichtung eines psychosozialen Zentrums nach dem Vorbild z.B. Stuttgart und Freiburg zur Unterstützung von psychisch gefährdeten Menschen. Hier soll eine niederschwellige Erstberatung stattfinden können und dann in enger Zusammenarbeit mit lokalen stationären und ambulanten Behandler*innen schnelle psychiatrische und psychotherapeutische Hilfe vermittelt werden. Auch die Einrichtung eines Dolmetscher*innen-Pools soll die Gesundheitsvorsorgung stärken: Dolmetscher*innen sollen dann z.B. bei medizinischen Terminen unterstützen. Fachpersonal an Kliniken soll ebenfalls hinsichtlich kultureller Besonderheiten sensibilisiert werden. Darüber hinaus haben wir uns in der Vergangenheit auch für die Einrichtung einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung eingesetzt, was u.a. Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus betrifft. Das Ausstellen von anonymen Krankenscheinen und der ehrenamtliche Einsatz von MediNetz sichern vielen Betroffenen den Zugang zu medizinischen Leistungen. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass eine Clearingstelle etabliert wird.

Frage 6.2: Welche bürokratischen Hindernisse sehen Sie für Menschen mit Migrationshintergrund, die verkleinert werden können?

Wir haben bereits die Schaffung eines digitalen Onboarding-Portals beantragt, damit Informationen und erste Verwaltungsschritte für Fachkräfte aus dem Ausland schneller verfügbar sind. Wir wollen bei der Anerkennung internationaler Bildungsabschlüsse unterstützen und mehrsprachige Verwaltungsangebote schaffen, um formale Hürden beim Berufseinstieg zu senken. Wir wollen Verwaltungsprozesse generell bürger*innenfreundlicher und einfacher gestalten, z.B. sollen alle Verwaltungsleistungen digital und barrierefrei zugänglich sein, wobei der analoge Zugang natürlich trotzdem möglich bleiben soll. Um die Willkommenskultur auszubauen, setzen wir auf mehrsprachige Angebote und Fortbildungen. Durch den Ausbau von digitalen Verwaltungsleistungen werden sich auch die Wartezeiten und die Schwierigkeiten bei der Terminvergabe verbessern. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass ausreichend Personal vorhanden ist, um eine schnelle Bearbeitung zu ermöglichen.

Frage 6.3: Inwiefern werden Sie den Integrationsprozess - vor allem im Bereich Spracherwerb - unterstützen, damit Migrant*innen bestehende Angebote der Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung besser nutzen können?

- Sprachförderung und mehrsprachige, niedrigschwellige Angebote sollen zentrale Bestandteile der Integrations- und Gesundheitsarbeit sein
- Gesundheitsinformationen und Präventionsangebote sollen mehrsprachig bereitgestellt werden, z. B. durch Informationskampagnen und leicht verständliche Materialien
- Ein Dolmetscher- und Übersetzer-Pool soll Sprachbarrieren bei Arztbesuchen, in Behörden und Beratungsstellen reduzieren
- Digitale Onboarding-Portale und koordinierende Fachstellen sollen Zugewanderte besser informieren und den Zugang zum Gesundheitssystem erleichtern
- Die Zusammenarbeit mit Migrant*innen-Organisationen sowie Teilhabeangebote wie Sozial- oder Kulturkarten sollen den Zugang zu Gesundheits- und Präventionsangeboten zusätzlich verbessern

Thema 7: Hitze und Hitzeschutz

Frage 7.1: Möchten Sie bspw. an der Verfügbarkeit von Trinkwasser im Öffentlichen Raum ansetzen? Inwiefern?

Wir fordern Trinkbrunnen in allen Stadtteilen, damit Menschen wohnortnah öffentlichen Zugang zu Trinkwasser haben und wir setzen uns für den konsequenten Schutz der öffentlichen Trinkwasserressourcen ein, damit die Versorgung dauerhaft gesichert bleibt.

Frage 7.2: Wie stehen Sie zur Klimatisierung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden?

- Klimatisierung wird dort befürwortet, wo sie aus gesundheitlichen oder betrieblichen Gründen notwendig ist, z. B. in Krankenhäusern, Notunterkünften oder im ÖPNV
- Vorrang haben jedoch passive, energieeffiziente Maßnahmen wie Begrünung, Schatten, helle Oberflächen und öffentliche „kühle Räume“
- Wenn Klimaanlage nötig sind, sollen sie möglichst energieeffizient und mit erneuerbarer Energie betrieben werden, z. B. durch Photovoltaik auf städtischen Gebäuden

- Energetische Sanierungen und moderne Technik sollen den Energieverbrauch insgesamt senken und klimafreundliche Kühlung ermöglichen
- Konkrete Prioritäten sind der Schutz vulnerabler Gruppen, klimafreundliche Gebäude und effizient klimatisierte Fahrzeuge

Frage 7.3: Welche weiteren Ideen und Pläne haben Sie, den Öffentlichen Raum hitzefreundlicher zu gestalten?

Die Klimaerhitzung stellt die Stadtentwicklung vor neue Herausforderungen: Hitze, Starkregen und Trockenperioden machen es nötig, unsere städtischen Strukturen grundlegend zu überdenken. Darum gilt: Jede Entscheidung in der Stadtplanung muss heute auch eine Entscheidung im Sinne der Klimaanpassung sein.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Stadtentwicklung ein, die Klimaanpassung von Anfang an mitdenkt. Entsiegelung,

Begrünung und gute Durchlüftung müssen zum Grundprinzip jeder Planung werden, ob bei Straßen, Plätzen oder Gebäuden. Damit das gelingt, braucht es klare Vorgaben, wirksame Anreize und gezielte Förderprogramme, sowohl für öffentliche als auch für private Flächen.

Wir wollen das Schwammstadt-Prinzip flächendeckend umsetzen, Frischluftschneisen schützen, kühle Orte und „kühle Räume“ schaffen sowie Dächer und Fassaden begrünen. Außerdem wollen wir Mini-Wälder und grüne Rückzugsorte in den Stadtteilen und der Innenstadt schaffen.

Frage 7.4: Welche Maßnahmen planen Sie für ältere Menschen als besonders hitzevulnerable Gruppe?

Wir schützen ältere, hitzevulnerable Menschen vor allem durch präventive Maßnahmen (Hitzeaktionsplan, Aufklärung, Trinkbrunnen), durch die Schaffung wohnortnaher „kühler Räume“ und durch institutionelle Koordination (Schaffung einer neuen Fachstelle „Klimawandel und Gesundheit“). Im Fall langanhaltender extremer Hitze geraten Menschen in stark überhitzten Wohnungen und Lebensumfeld in Lebensgefahr. Um dies im Blick zu halten und im Extremfall handlungsfähig zu sein braucht Würzburg dafür Katastrophenschutz- und Evakuationspläne sowie ein Netz von kühlen Orten, an denen gefährdete Bürger*innen für die Zeit der Extremhitze sicher untergebracht werden und auch übernachten können. Wir wollen Informationskampagnen zu klimabedingten Gesundheitsrisiken ausbauen: mehrsprachig, zielgruppenspezifisch und niedrigschwellig. Dafür sollen Akteure wie das Gesundheitsamt, die Umweltstation, die Stadtbibliothek, die Kliniken und lokale Medien gezielt eingebunden werden.

Thema 8: Kommunale Gesundheitsberichterstattung

Frage 8.1: Wie soll zukünftig auf regionaler Ebene eine bessere Transparenz zum Niveau der gesundheitlichen Versorgung und zu Entwicklungsbedarfen, z.B. angelehnt an die überregionale Gesundheitsberichterstattung, erreicht werden? Wie sollen entsprechende Erkenntnisse transparent kommuniziert werden?

- Die Gesundheitsversorgung soll transparenter werden, z. B. durch eine koordinierende Fachstelle, die Daten sammelt, analysiert und veröffentlicht. Monitoring- und Sozialberichte sollen regelmäßig zeigen, wo es Versorgungsengpässe oder besondere Gesundheitsrisiken gibt. Wichtige Kennzahlen und Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich gemacht werden, z. B. über Berichte oder digitale Dashboards.

Frage 8.2: Wie sollen diese Erkenntnisse zur Gestaltung kommunalpolitischer Entscheidungen genutzt werden? Wie können entsprechende Erkenntnisse genutzt werden, um etwa besonders benachteiligte Stadtteile oder Gemeinden zu identifizieren und entsprechende Förderbedarfe und Prioritäten festzulegen?

Daten aus Sozial-, Gesundheits- und Klimamonitoring sollen zentral gebündelt und von einer Fachstelle ausgewertet werden, um Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen. Diese Daten sollen öffentlich zugänglich gemacht werden, z. B. über Berichte, Karten oder Dashboards, um Transparenz zu schaffen. Besonders belastete Quartiere können so gezielt identifiziert und priorisiert werden, z. B. für mehr Grünflächen, Trinkbrunnen, kühle Orte oder Gesundheitsangebote. Betroffene, Fachstellen und zivilgesellschaftliche Organisationen sollen in die Prioritätensetzung und Planung einbezogen werden. Die Ergebnisse sollen regelmäßig überprüft werden, damit Maßnahmen angepasst und kommunalpolitische Entscheidungen datenbasiert gesteuert werden können

Frage 8.3: Wie sollten vulnerable Gruppen (z.B. ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationsgeschichte, bildungsferne oder sozioökonomisch benachteiligte Menschen) in der kommunalen Gesundheitsberichterstattung berücksichtigt werden?

- Die Gesundheitsberichterstattung soll regional und sozial genauer werden, z. B. durch eine zentrale Fachstelle und systematisches Monitoring. Gesundheitsdaten sollen mit Sozialdaten und Klimakarten verknüpft werden, um besonders belastete Quartiere und Risikogruppen zu erkennen. Die Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich gemacht werden, z. B. über Berichte, Karten oder digitale Dashboards. Betroffene und Fachorganisationen sollen an der Auswertung und Prioritätensetzung beteiligt werden („Nichts über uns ohne uns“). Auf dieser Basis sollen gezielte Maßnahmen geplant werden, z. B. mehr Grünflächen, kühle Orte oder bessere Gesundheitsangebote in besonders betroffenen Stadtteilen

Frage 8.4: Haben Sie messbare Ziele zur Verbesserung der Gesundheit bzw. der Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung in der Kommune für die nächsten fünf Jahre auf Basis der Gesundheitsberichterstattung?

Es sollen strukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, z. B. eine Fachstelle für „Klimawandel und Gesundheit“ und ein dauerhaftes Monitoring. Sozialmonitoring und Gesundheitsdaten sollen systematisch genutzt werden, um Bedarfe zu erkennen und Maßnahmen gezielt zu steuern. Transparenz und offene Daten sollen sicherstellen, dass Entwicklungen nachvollziehbar und öffentlich überprüfbar sind.